Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen

Herausgeber: Emanzipation

Band: 3 (1977)

Heft: 5

Artikel: OFRA

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-358602

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Zeitung der Frauen fürdie Sache der Frau

Emanzipation, 4057 Basel, Hammerstr. 133 Hrsg.: OFRA (Organisation für die Sache der Frauen) Redaktion: K.Bohren 10 Nr. im Jahr, 3 mal mit Magazin Im Abo 9.50 Fr., Einzeln —.50 Fr. Druck: ropress 3.Jg. Nr. 5 JUNI 77

Lmanzipation

Frauen, dazu sagen wir NEI

(L.B.) Das "Sparpaket" ist im National-Besonders die Kürzungen bei den Kran-MEHRWERTSTEUER = und Ständerat durchgekommen. Die kenkassen treffen die Frauen sehr hart. INDIREKTE STEUER darin geplanten Sparmassnahmen bedeu ten einen massiven Sozialabbau. Der Bund will seine Sparbereitschaft demonstrieren, damit das Gegenstück dazu, das Finanzpakert, am 12. Juni vor dem Stimmvolk Gnade findet.

Zwei Pakete, verhüllt und verschnürt in wird Untersch

kompliziertem Verbrämungsdeutsch, die uns Frauen aber zur klaren Stellungnahme zwingt:

Die OFRA hat an ihrer nationalen Vorstandssitzung vom 20. Mai beschlossen: NEIN zu einer unsozialen Steuer, NEIN also zur Abstimmung über das FINANZPAKET, Unterstützung des REFEREN-DUMS GEGEN DAS "SPARPA-

Im Rahmen des "Sparpaketes" wurden 37 Gesetze geändert. Die Einsparungen treffen hauptsächlich die Posten Unter-richt und Forschung, öffentlicher Verkehr und die Subventionen an die Krankenkassen. Das Budget der Kran-kenkassen ist bereits früher schon strapaziert worden; Subventionskürzungen hatten dazu geführt, dass die meisten Krankenkassen die gynäkologischen Voruntersuchungen nicht mehr bezah-len. Zudem kann die alte Forderung "Gleiche Prämien für Mann und Frau" nur erfüllt werden, wenn Bundessub-ventionen zur Verfügung stehen. Angesichts der einschneidenden Spar-massnahmen muss man fragen, weshalb z.B. das Militärbudget davon unberührt bleibt und ab 1978 den grössten Posten des gesamten Bundesbudget überhaupt

2 MILLIARDEN FRANKEN VERDUFTEN JÄHRLICH

Der Bund will mit den oben genannten Kürzungen etwa 1/2 Milliarde Franken sparen. Zum Vergleich aber einige Zah-len: Es kann angenommen werden, dass dem Bund jährlich etwa 2 Mia. Fran-

DAS REFERENDUM UNTER

Die OFRA hat das Referendum gegen das "Sparpaket" mit ergriffen und wird Unterschriften dafür sammeln (Unterschriftenbogen sind bei unserem Sekretariat erhältlich.)

Die Abstimmung am 12. Juni Das "Finanzpaket" umfasst 2 Teile, über die getrennt abgestimmt wird,

. Ablösung der Warenumsatzsteuer (Wust) durch die Mehrwertsteuer und definitive verfassungsmässige Verankerung der Wehrsteuer(Durch diese direkte Bundessteuer sollen

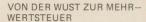
INDIREKTE STEUER

Die Einnahmen des Bundes können grundsätzlich über direkte Steuern (Einkommenssteuern) oder über indi-rekte Steuern (Steuern auf Konsumgütern und Dienstleistungen) erfolgen. Indirekte Steuern bedeuten für die unteren Einkommensschichten natürlich eine viel grössere Belastung als für die Grossverdiener, denn nicht für alle ist z.B. ein 5-Fränkler gleich viel wert. Die Mehrwertsteuer ist eine indirekte

Wir Frauen, die wir meistens einen Haushalt führen, müssen uns darüber ganz im Klaren sein: Unser Budget wird durch die Mehrwertsteuer stärk-stens betroffen. Denn die Einführung der Mehrwertsteuer bedeutet eine Er-

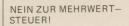
natürlich doppelt schlimm Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei darauf hingewiesen, dass die Einfüh-rung der Mehrwertsteuer die Inflation

rung der Mehrwertsteuer die Inflation anheizen würde. (Mit dem Finanzpaket soll übrigens auch der Reichtumssteuer der Sozialdemokratischen Partei, die im Dezember zur Abstimmung gelangt, der Boden entzogen werden. Die Reichtumssteuer würde die höheren Einkommen stärker belasten.) men stärker belasten.)



'Die Mehrwertsteuer trifft wie die Wust den Umsatz, aber sie wird anders erhoben, nämlich bei jedem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen auf von Guern und Diensteilstungen auf jeder Stufe (...) Es ist also der Konsu-ment, der die Steuer bezahlt, aber es sind die Unternehmungen, die die Steuer der Steuerverwaltung abliefern' heisst es in den Erläuterungen zur Ab-

stimmungsvorlage. Bei der Wust sind mehrere Güter von der Besteuerung ausgenommen. Insbe sondere sind die Grundbedarfsartikel in einer Freiliste festgehalten. Durch die Mehrwertsteuer würden diese Arti-kel auch besteuert und somit verteuert. Diese Güter fallen im Budget unterer Einkommensfamilien stark ins Gewicht Wie wir schon sagten,haben die Banken in der Krise Riesengewinne ge-macht. Und nun – man staune– soll Banken und Versicherungen von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden



Sollen wir, die Frauen, nichts von der komplizierten Materie verstehen? Sind wir zu wenig stark organisiert, als dass unsere Meinung ernstgenommen würde? Soll man an uns sparen können, weil wir ja doch nie reklamieren?

Doch, wir wehren uns mit allen Mitteln gegen den Sozialabbau. Und die OFRA gegen den Sozialabdat. John die Drikk hat alle Frauenorganisationen aufgeru-fen, dem Sparpaket und der Mehrwert-steuer eine klare Abfuhr zu erteilen. Wir unterstützen das Referendum gegen das "Sparpaket"! Wir stimmen am 12. Juni NEIN zur Mehrwertsteuer.

Ja zur Fristenlösung



Am 20. Mai feirten die Sahrauis den Be ginn ihres Unabhängigkeitskampfes vor

OFRA

Ofra ist der neue Name für die "Organisation für die Sache der Frauen". Warum nicht mehr Saf Frauen". Warum nicht mehr Saf -ra,werden all diejenigen fragen, die sich bereits an unseren Na-men gewöhnt haben. Die SAFFA (Schweiz. Ausstellung für Frauen-arbeit) hat Klage gegen die Safra erhoben, der Name klingt zu ähn-lich, Verwechslungen seien nicht zu vermeiden. Wir können recht -lich dergen nicht sob wiel die lich dagegen nicht sehr viel ein -wenden und wollen es auch nicht darauf ankommen lassen, den darauf ankommen lassen, den Richter darüber entscheiden zu lassen. Allerdings finden wir es sehr mühsam, wenn eine Organisation, die ähnliche Postulate wie wir vertritt, auf rechtlichem Weg gegen uns vorgeht und uns damit nicht zuletzt finanziell schädigt (Prozesskosten sind bekanntlich sehr hoch). Frauenorganisationen haben es auch sonst schon genug schwer, sie sollten deshalb zumindest miteinander vernünftig um dest miteinander vernünftig um gehen.Wir verzichten auf einen Prozess und nennen uns ab so



Sparpaket und Mehrwertsteuer: Nicht alle trifft es gleich

neu Jahreseinkommen erst über

25'000 Fr. besteuert werden).
2. Steuerharmonisierung, wobei es sich bloss um eine formale Steuerharmonisierung handelt, der Steuerflucht in andere Kantone wird kein Riegel geschoben.

Kernstück der Abstimmungsvorlage und aller Auseinandersetzungen ist die Mehrwertsteuer

höhung der Preise. Man rechnet damit, dass ein durchschnittliches Familien-

budget durch die Mehrwertsteuer un-gefähr doppelt so stark belastet würde wie heute durch die Wust. Trotz einigen Erleichterungen bei der Wehrsteuer, müssten wir also letztlich noch massiv draufbezahlen. Die Konsumgüterpreise würden enorm steigen, der Konsument bekäme weniger für sein Geld. Jetzt in der Krise wäre das

LIEBE LESERINNEN,

Wegen der Pfingsttage erscheint diese Nummer der "Emi" mit etwas Verspätung. Wir bitten Sie deshalb um Entschuldigung und wünschen Ihnen trotzdem viel Spass beim Lesen!

Ganz herzlich möchten wir alle Frauen, die Interesse und ein wenig Zeit haben, an der "Emi" in irgendeiner Weise mitzumachen, zu unserem ersten Mitar-beiterinnen-Treffen einladen. Am Samstag, den 11. Juni um 15.00 Uhr im Restaurant "Salmen", Ringstr. 39 in Olten.

Mit freundlichen Grüssen

Ihre Redaktion

(S.G.) Endlich ist es so weit: am 25. September wird die Volksinitiative 'für eine Fristenlösung' (mit freier Arztwahl) zur Abstimmung gelangen. Nachdem die erste Initiative schon 1971 durch eine vorwiegend bürgerliche Gruppe eingereicht und später wiest wirde und später wiest zu Wickerzogene murde und später. che Gruppe eingereicht und spater wie-der zurückgezogen wurde, und seither eifrig Aufklärungsarbeit von verschie-denen Organisationen für die Fristen-lösung geleistet worden ist, gilt es jetzt auf die Abstimmung hin energisch in aur die Abstimmung mit einerigsen in unserem Umkreis Diskussionen zum Thema anzuregen, zu informieren und dieser zweiten, dringend nötigen Initi-ative durch aktive Propagierung zur Annahme durch die Bevölkerung zu

Frauenfeindliche Gesetzgebung

Es ist empörend, dass Frauen heutzu-tage auf Grund der Gesetzgebung von 1918 zu einer unerwünschten Mutter-schaft mit all ihren Folgen gezwungen werden, wenn man weiss, wie wenig

die Gesellschaft bisher für das Wohl des Kindes und der Mutter besorgt ist - besonders empfindlich trifft es die ohnehin sozial Benachteiligten. Oft sind gerade diejenigen, welche sich ve-hement mit ethischen und moralischen Argumenten gegen die Fristenlösung wehren, nicht bereit, eine soziale Ge-setzgebung für Mutter und Kind zu fordern. Z.B. Revision des Eherechts, Mutterschaftsrecht, . . Einrichtung so-

zialer Institutionen. Als 'Alternative' zur Fristenlösung will der Bund ein Gesetz mit sozialer Indi-kation vorschlagen, was der Willkür weiterhin freie Bahn lässt und die Bevormundung der Frauen weiterführt.

Ethik von Fall zu Fall

Wie ernst es dem Ständerat mit ethiwie ernst es dem Sandera im Edini-schen Grundsätzen ist, erhellt der 'ge-wisse Meinungsumschwung aus takti-schen Gründen', wie es Kommissions-präsident Andermatt (fdp., Zug) am 6. Mai der Presse darstellte. Der Stän-

derat hatte beschlossen, grundsätzlich dem Nationalrat in der Frage der sozi-alen Indikation beizupflichten, nach-dem er lange Zeit an der Unannehm-barkeit dieses Passus festgehalten hatte. Grund: ein Gesetz mit einer selbstän-Grund: ein Gesetz mit einer seibstah-digen sozialen Indikation stelle gegen-über der Volksinitiative politisch eine grössere Konkurrenz dar. Der Gesetz-esvorschlag soll jedoch erst nach der Abstimmung veröffentlicht werden, falls es dann noch nötig sei. Wir wol-len durch Information über die Fristen-lösung die katastrophalen Auswirkungen einer Ablehnung verhindern!

Apt. Periodica Memmerkt 28



ken an Steuern hinterzogen werden. Der ausgewiesene Bruttogewinn der 5 Der ausgewiesene Bruttogewinn der b grössten Banken der Schweiz erreicht die astronomische Summe von 1 Mia. Franken. Das Total der Bilanzsumme ist wesentlich höher als das Bruttoso-zialprodukt der Schweiz. Die Gewinn-erhöhungen mitten in der Krise betru-gen dieses Jahr im Durchschnitt zwi-schen 12 und 16%. Gespart wird an den Sozialleistungen.

Gespart wird an den Sozialleistungen